



Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat

Niederschrift

Sondersitzung des Kreistages Rendsburg-Eckernförde

Sitzungstermin: Montag, 23.10.2023

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 18:35 Uhr

Raum, Ort: Kreis Rendsburg-Eckernförde, Kaiserstraße 8, 24768 Rendsburg, Kreistagssitzungssaal

Anwesend

Vorsitz

Sabine Mues

Mitglieder

Torben Ackermann

Christian Arp

Karola Blunck

Eike Fandrey

ab 17:22 Uhr

Hendrik Geilenkirchen

Holger Gränert

Kerstin Hattendorf-Selchow

Thomas Kahle

Ralf Kaufmann

Tom Matzen

Hans Hinrich Neve

Christian Schlömer

Felix Jacob Siegmon

Volker Stiefel

Peter Thordsen

Konstantinos Wensierski

Norbert Wilkens

Stefan Zeitvogel

Anke Göttisch

Sebastian Heck

Helge Kohrt

Tatjana Larsen

Hans-Jörg Lüth
Maximilian Reimers
Michael Rohwer
Katja Seifert
Peter Skowron
Gerrit van den Toren
Dr. Ina Walenda
Selke Harten-Strehk
Klaus-Christian Kalkhoff
Nikolai Kamp
Lukas Strathmann
Monika Wegener
Godber-Paul Andresen
Rainer Bosse
Chantal Angelika Jehle
Sascha Nehmert
Sonja Schaedla
Fabian Buhk
Sven-Michael Chilla
Kevin Dorow
Dr. Jens Görtzen
Lasse Barber
Henry Petteri Deising
Tina Schuster
Frank Dreves
Dr. Andreas Höpken
Holger Thiesen

ab 17:15 Uhr

Politik

SPD-Kreistagsfraktion

Verwaltung

Dr. Rolf-Oliver Schwemer
Nina Fiedler
Barbara Rennekamp
Thomas Voerste
Stephan Ott
Dr. Britta Siefken
Thomas Stüber
Carsten Ludwig
Hendrik Jürgensen
Julian Detmer
Matthias Kruse

Kjell Schröder
Kristin Opalla
Madlin Loof
Michael Wittl
Dennys Bornhöft
Silvia Kempe-Waedt
Personalrat
Christiane Ostermeyer
Malthe Riksted
Sylvana Beck
Katrín Abendroth
Christin Johannsen
Bettina Bielawa
Lauritz Bilski
Oliver Fölz
Sabine Groeper
Micha Mark Knierim
Manuela Dr. Freitag
Christina Mönke
Jörn Klatt
Michael Schramm
Dennis Staack
Petra Dittmer
Uwe Hofmann
Matthias Rueß

Gäste

Hans Wartner

Keine Teilnehmergruppe

Paula Politiker
Dennis Schultz

Abwesend

Mitglieder

Tim Albrecht	entschuldigt
Martin Harders	entschuldigt
Sophie Marxen	entschuldigt
Beate Nielsen	entschuldigt
Angelika Klingenberg	entschuldigt
Lisa Yilmaz	entschuldigt

Dr. Johann Brunkhorst	entschuldigt
Torge Klein	entschuldigt
Sandra Leiendecker	entschuldigt
Dr. Christine von Milczewski	entschuldigt
Kirsten Zülsdorff	entschuldigt
Dr. Michael Schunck	entschuldigt
Thorsten Uhrbrock	abwesend
Simon Ungefug	abwesend

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung
2. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
3. Anfragen nach § 26 Geschäftsordnung des Kreistages
4. Bericht der Verwaltung
5. Umbesetzung von Ausschüssen und anderen Gremien
 - 5.1. Umbesetzung des Jugendhilfeausschusses nach der Satzung des Jugendamtes
 - 5.1.1. Abwahl stellvertretendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss VO/2023/361
 - 5.2. Antrag der SSW-Fraktion auf Umbesetzung in Ausschüssen VO/2023/353
 - 5.2.1. Antrag der SSW-Fraktion auf Umbesetzung in Ausschüssen VO/2023/353-01
6. Stellungnahme des Kreises zu dem Entwurf der Neuaufstellung des Regionalplans II des Landes Schleswig-Holstein VO/2023/291-04

Protokoll

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung

Kreispräsidentin Sabine Mues eröffnet die Sitzung des Kreistages und begrüßt die Anwesenden im Raum und beim Streaming.

Bild- und Tonaufnahmen werden im Internet übertragen. Die Öffentlichkeit ist sichergestellt durch das Streaming im Internet, die Übertragung durch den Offenen Kanal Kiel und die Möglichkeit der Teilnahme vor Ort.

Die Einladung mit der Tagesordnung wurde am 09.10.2023 fristgerecht versandt.

Einwendungen gegen Form und Frist der der Ladung werden nicht erhoben. Die Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Landrat Dr. Schwemer bittet um Ergänzung der Tagesordnung um den Punkt

- o Bericht der Verwaltung
hier: Bericht zur Flutkatastrophe

Zur Aufnahme des Tagesordnungspunktes ist die Feststellung der Dringlichkeit durch Zustimmung von 2/3 (43 Abgeordnete) der gesetzlichen Zahl der Kreistagsmitglieder erforderlich.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
48	0	0

Damit ist der Tagesordnungspunkt aufgenommen und wird unter TOP 4 in die Tagesordnung eingefügt. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Die WGK-Fraktion bittet um Ergänzung der Tagesordnung um den Punkt

- o Aussprache zur Flutkatastrophe

Zur Aufnahme des Tagesordnungspunktes ist die Feststellung der Dringlichkeit durch Zustimmung von 2/3 der gesetzlichen Zahl der Kreistagsmitglieder erforderlich.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	37	4

Damit ist der Antrag abgelehnt, der Tagesordnungspunkt wird nicht aufgenommen.

zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Abg. Dreves, Anwohner der Halbinsel Schwansen, fragt, warum aus der Runde der Kreistagsabgeordneten der Antrag der WGK-Fraktion auf Ergänzung der Tagesordnung abgelehnt wurde, die Aufnahme des Berichtes des Landrats zur Flutkatastrophe aber beschlossen worden sei. Die Anwohner der betroffenen Gebiete würden politische Statements erwarten. Die Bilder aus einigen Gebieten seien durchaus vergleichbar mit der Flutkatastrophe im Ahrtal. Ob man den Antrag nur abgelehnt habe, weil er von der WGK-Fraktion gekommen sei oder ob man der Bevölkerung nicht die Möglichkeit geben wolle, einer politischen Aussprache im Livestream oder vor Ort zu folgen.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt *Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner* darauf abziele, Fragen an die Verwaltung zu stellen. Die gestellte Frage sei eine politische Frage zu einer politischen Entscheidung, dazu könne die Verwaltung nichts sagen.

Verschiedene Abgeordnete äußern sich dahingehend, dass man eine Aussprache zum jetzigen Zeitpunkt nicht für zielführend halte, da nicht genügend Informationen vorliegen würden. Zu einem späteren Zeitpunkt sei man gerne zu einer Aussprache bereit.

Der WGK-Fraktionsvorsitzende, Herr Dr. Höpken, erläutert, dass der Antrag auf Aussprache nicht darauf abgezielt habe, Populismus zu betreiben, man hätte sich austauschen wollen und dann ggf. einen gemeinsamen Weg finden. Er bedauere, dass man offenkundig nicht daran interessiert sei, Informationen auszutauschen.

Abg. Lüth verweist auf die Ausschüsse, in denen das behandelt werden könne. Ausgerechnet die Klimaleugner hätten jetzt mitbekommen, dass es einen Klimawandel gebe, der katastrophale Folgen habe, nicht nur im Ahrtal sondern auch bei uns in Schleswig-Holstein. Der Klimawandel sei Realität. Man solle sich im Umwelt- und Bauausschuss über Klimaanpassungsmaßnahmen unterhalten.

Herr Dr. Höpken verwahrt sich gegen die Behauptung, dass er Klimaleugner sei.

Die Vorsitzende weist erneut darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt *Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner* aufgerufen sei. Man habe sich vorhin dagegen ausgesprochen eine Aussprache zu machen, von daher die Bitte, sich auf den Tagesordnungspunkt zu besinnen.

Abg. Schlömer berichtet von seinen Erlebnissen in Damp und Schönhagen am Freitag. Politisch könne man zurzeit keine Stellung nehmen. Die Zusammenarbeit sei hervorragend gewesen.

Die Vorsitzende fragt erneut, ob es noch Fragen zum Tagesordnungspunkt gebe und bittet darum, keine Statements mehr abzugeben.

Abg. Dr. Höpken fragt, warum einige aus der Runde die Möglichkeit gehabt hätten, ihre Statements abzugeben aber eine offizielle Möglichkeit Statements abzugeben nicht gewünscht gewesen sei.

zu 3 Anfragen nach § 26 Geschäftsordnung des Kreistages

Schriftliche oder mündliche Anfragen werden nicht gestellt.

zu 4 Bericht der Verwaltung

Landrat Dr. Schwemer berichtet ausführlich zum zeitlichen und inhaltlichen Ablauf innerhalb der Verwaltung, insbesondere der Fachgruppe Katastrophenschutz und dem Lagezentrum im Rahmen der Flutkatastrophe an der Ostsee in der vergangenen Woche.

Seiner vorläufigen Einschätzung nach seien folgende Punkte positiv zu bewerten:

- + frühzeitige Vorbereitung
- + Maßnahmen frühzeitig geplant worden
- + Zusammenarbeit im Stab, erst mit Andreas Brück, dann mit Barbara Rennekamp war gut – auch die Externen hätten sehr versiert und mit hoher Kompetenz gearbeitet
- + technisch hervorragend ausgestattet, als Beispiel die digitale Einsatzlagekarte
- + Neubau der Kreisfeuerwehrezentrale habe es ermöglicht, alle Kräfte an einem Ort zu haben
- + Katastrophenfall ausgerufen (Eckernförde und Schwansen), dies habe zusätzliche personelle Kapazitäten rekrutieren können
- + gute Zusammenarbeit mit kommunalen Akteurinnen und Akteuren, namentlich Bgm'in Ploog aus Eckernförde und Amtsdirektor Bock vom Amt Schlei-Ostsee
- + Klinik Damp konnte gesichert werden, insbesondere die Kellerräume mit den technischen Anlagen, wie MRT u.a. waren extrem kritisch, es musste nicht evakuiert werden
- + Sandsäcke und BigPacks gut bevorratet, konnten weiter abgegeben werden an Arnis und Damp

Aus dem Szenario könne man aber auch Lernen und für ein mögliches kommendes Ereignis besser werden. Dazu würden folgende Punkte zählen:

- Durchhaltefähigkeit muss gesteigert werden
 - o Keinen Voralarm gehabt, daher konnten keine weiteren Kräfte für den Stabsbetrieb rekrutiert werden
 - o Generell solle von 3fach auf 4fach Besetzung der Positionen gegangen werden
- Raum für Katastrophenstab sei zurzeit noch in der Jugendfeuerweherschule, dieser solle in die Kreisfeuerwehrezentrale umziehen, um alle Kräfte gebündelt vor Ort zu haben; Räumlichkeiten seien vorhanden, Stabsmaterialien seien in Kisten verwahrt, das wäre kein Problem, es bedürfe dazu einiger weniger technischer Ertüchtigungen wie Funktechnik und w-lan
- Sandsackfüllmaschine wäre auch bei im Kreis-RD erforderlich (100.000€)
- 25.000 Sandsäcke und 2.000 BigPacks gelte es zu bevorraten
- Die Fachgruppe sei um Prüfung und Bewertung von mobilen Hochwasserschutzzäunen gebeten worden. Sobald das Ergebnis vorliege, werde hierzu berichtet.

- Es solle ebenfalls geprüft werden, ob es eine weitere Verbesserung wäre, künftig Alarmierungen z.B. für Evakuierungen auch über Cell Broadcast laufen zu lassen. In der aktuellen Situation für die Altstadt Eckernförde wurde über Radio, TV, WarnApp und mit Lautsprecherdurchsagen alarmiert. Dies werde im Nachgang überprüft und bewertet.

Zusammenfassend ergebe sich daraus, dass investive Mittel bereitzustellen seien für

- die Herrichtung des Stabsraumes in der Kreisfeuerwehrzentrale (mittlerer 5stelliger Betrag)
- Sandfüllsackmaschine (100.000€)
- und ggf. mobile Hochwasserschutzzäune

Konkrete Aufträge für den Bereich Katastrophenschutz seien ebenfalls schon besprochen worden:

- Verstärkung der personellen Situation des Stabes bis 31.01.2024
- Schulung der neuen Stabsmitglieder (bis Ende 2024)

Der Termin zur Fertigstellung der Handbücher bis Ende Januar 2024 könne nun nicht mehr gehalten werden. Die Entwürfe der Handbücher müssten noch mit den Akteurinnen und Akteuren vor Ort abgestimmt werden. Zurzeit seien alle Kräfte mit dem aktuellen Geschehen ausgelastet. Der neue Zieltermin sei Ende März, spätestens Ende des II. Quartals.

Des Weiteren werde die Arbeitsgruppe mit der Politik hierzu erstmal nicht eingeladen, wichtig sei jetzt Abstimmung mit den Aktiven vor Ort, darauf werden sich die Ressourcen des Kreises vorrangig konzentrieren.

Am Ende der umfangreichen Ausführungen bedankt sich der Landrat bei den Einsatzverantwortlichen und den vielen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Helferinnen und Helfern vor Ort. Stellvertretend für die Vielen geht der Dank an die Bürgermeisterin der Stadt Eckernförde, Iris Ploog, und den Amtsdirektor des Amtes Schlei-Ostsee, Gunnar Bock, sowie den Bürgermeister der Gemeinde Brodersby, Herrn Olmer, der jedes Haus abgeklappert habe und damit für eine reibungslose Evakuierung gesorgt habe.

Sein Dank gehe auch an alle Einsatzkräfte die unterstützt haben, aus dem Kreis und weit darüber hinaus, ebenso wie an alle weiteren Ehrenamtlichen und Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Jede helfende Hand sei wertvoll gewesen.

Auch die Koordinierungsgruppe habe sehr engagiert gearbeitet und ließen sich auch nicht ablösen, namentlich Thorsten Heinz, Leiter der technischen Einsatzleitung und Matthias Schütte, Kreiswehrführer.

Erwähnung finden aus der Verwaltung Andreas Brück, der für die Einrichtung der Fachgruppe Katastrophenschutz gesorgt habe. Die mit dem engagierten Fachgruppenleiter Kjell Schröder und seinem professionellen Team ganz hervorragende Arbeit geleistet hätten.

Auf Nachfrage der Abg. Götsch erläutert Landrat Dr. Schwemer die Vorteile, die das Auslösen eines Voralarms hätte haben können. Insbesondere hätte die Dienstplanung im Vorfeld stattfinden können, weil die Stabsmitglieder in Bereitschaft versetzt gewesen wären.

Abg. Heck erfragt das Wider, das dem Auslösen des Katastrophenfalls hätte entge-

genstehen können. Herr Dr. Schwemer erläutert hierzu, dass die Schadensbekämpfung in der Regel vor Ort erfolge, löse man den Katastrophenalarm aus, ziehe man damit die Verantwortung und die Entscheidung auf eine höhere Ebene. Die Frage sei immer, welche Ebene in der konkreten Situation besser in der Lage sei, die Schadenslage zu bewältigen.

Abg. Dr. Walenda zeigt sich verwundert, dass nicht jeder Kreis eine Sandabfüllmaschine habe. Sie halte das für erforderlich.

Darauf antwortet Landrat Dr. Schwemer, dass er das ähnlich sehe, auch wenn es natürlich unwahrscheinlich sei, dass sowohl an Nord- wie an Ostseeküste zeitgleich eine Sturmflut auftrete, sei eine Abfüllmaschine für Schleswig-Holstein sicher nicht ausreichend.

Abg. Lüth fragt nach den Ursachen für die Deichbrüche und mutmaßt, ob eine nicht ausreichende Pflege ursächlich sein könnte und welche Konsequenzen daraus jetzt gezogen werden könnten.

Landrat Dr. Schwemer erläutert, dass der Deichdurchlass in Schönhagen das Wasser nicht mehr gehalten hat, deswegen sei es an der Stelle aufgegeben worden. Einen Deichdurchbruch habe es südlich von Damp, zwischen der Klinik und dem Campingplatz Dorotheental auf einer Breite von unten 25m und oben 40m gegeben. Ein Sachverständiger hätte nachts um 1.00 Uhr von Freitag auf Samstag festgestellt, dass der Deich nicht mehr zu halten sein werde, daraufhin habe man den Deich aufgegeben. Dies sei der Extremwetterlage von Oststurm und Regen geschuldet gewesen. Verantwortlich für diese Regionaldeiche seien die örtlichen Wasser- und Bodenverbände, die die provisorischen Reparaturen jetzt in Auftrag gegeben hätten. Die Reparaturen würden auch durch Sandsäcke und BigPacks des Kreises erfolgen, da die Wintersaison mit entsprechenden Stürmen jetzt erst anfangen, sei das dringend geboten. Von Seiten des Landes sei großzügige finanzielle Hilfe in Aussicht gestellt worden.

Abg. Schlömer ergänzt, dass die Regionaldeiche, trotz entsprechender Einlassungen schon vor Jahren, keine Landesschutzdeiche geworden seien. Dies sollte jetzt dringend nachgeholt werden. Die Wasser- und Bodenverbände vor Ort seien mit dem Neubau oder der Ertüchtigung von Deichen total überfordert. An der Nordsee seien alle Deiche in der Zuständigkeit des Landes.

Abg. Dr. Höpken konstatiert, der Landrat habe zur AG Katastrophenschutz gesagt, es würde keine weiteren Treffen geben, keine weitere Zusammenarbeit mit der Politik mehr, das solle aufgelöst werden. Das würde ihn persönlich interessieren, da es eine Arbeitsgruppe zum Thema Blackout gegeben habe, die sich darum gekümmert habe, wie die Bevölkerung informiert werden solle. Ob diese Arbeitsgruppe damit auch gestorben sei und wenn ja, warum?

Landrat Dr. Schwemer präzisiert, dass er gesagt habe, es werde dort zunächst keine weiteren Sitzungen geben. Es handele sich beim Katastrophenschutz um eine Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung und sei damit keine politische Aufgabe.

Es sei die Verantwortung des Landrates im Falle einer Katastrophe, in der Fachgruppe die richtigen Prioritäten gesetzt zu haben. Die Vorarbeiten seien wertvoll gewesen, aber jetzt habe man andere Dinge, um die man sich zu kümmern habe, damit man in einem weiteren Katastrophenfall auch gut präpariert sein werde.

Natürlich werde er der Politik auch die Ergebnisse vorlegen und auch heute habe er ja einen Bericht abgegeben. Darüber hinaus werde der Landrat informieren zu Themen, bei denen er die politische Unterstützung erbitte, wenn es um finanzielle Dinge

gehe. Es habe zurzeit eine höhere Priorität, die erkannten Dinge umzusetzen und die Konzepte mit den Akteuren zu besprechen. Die Fachgruppe sei zwar personell gut aufgestellt, habe aber trotzdem begrenzte Ressourcen und die würden vorrangig zur Abarbeitung der zwingend erforderlichen Dinge gebraucht werden. Daher bitte er um Verständnis, dass diese Arbeitsgruppe erst einmal nicht einberufen werde.

zu 5 Umbesetzung von Ausschüssen und anderen Gremien

zu 5.1 Umbesetzung des Jugendhilfeausschusses nach der Satzung des Jugendamtes

Der Fachbereichsleiter Thomas Voerste erläutert, dass der Jugendhilfeausschuss zurzeit nicht nach Satzung besetzt sei. Er müsse paritätisch besetzt sein, in dieser Wahlperiode mit einer Frau mehr. Dankenswerter Weise sei man nun in der Lage den Ausschuss entsprechend zu besetzen.

zu 5.1.1 Abwahl stellvertretendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

VO/2023/361

Eine Beschlussvorlage liegt vor.

Beschluss:

Frau Annika Delfs wird als stellvertretendes Mitglied für die Jugendverbände im Jugendhilfeausschuss abgewählt

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
50	0	0

zu 5.2 Antrag der SSW-Fraktion auf Umbesetzung in Ausschüssen

VO/2023/353

Der Antrag wird von der SSW-Fraktion zurückgezogen.

zu 5.2.1 Antrag der SSW-Fraktion auf Umbesetzung in Ausschüssen

VO/2023/353-01

Der Antrag liegt vor. Zum Vorschlag der Vorsitzenden eine en bloc Abstimmung durchzuführen gibt es keinen Widerspruch.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt,

- Herr Thorsten Bastian ist nicht mehr bürgerliches Mitglied der SSW-Fraktion im Jugendhilfeausschuss.
- Herrn Thorsten Bastian als 2. stellvertretendes bürgerliches Mitglied für die SSW-Fraktion in den Jugendhilfeausschuss zu wählen.
- Frau Nele-Meritt Raetsch als bürgerliches Mitglied der SSW-Fraktion in den Jugendhilfeausschuss zu wählen.
- Herrn Sascha Nehmert als 2. stellvertretendes Mitglied der SSW-Fraktion in den Umwelt- und Bauausschuss zu wählen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
50	0	0

zu 6 Stellungnahme des Kreises zu dem Entwurf der Neuaufstellung des Regionalplans II des Landes Schleswig-Holstein

VO/2023/291-04

Eine ergänzte Beschlussvorlage wurde mit dem Nachversand am 16.10.2023 versandt. Der Vorsitzende des Regionalentwicklungsausschusses, Herr Andresen, berichtet aus dem Ausschuss. Der Entwurf des Regionalplanes soll um die Interessenbekundung der Gemeinde Eldsorf-Westermühlen ergänzt werden und die Inhalte des Radverkehrskonzeptes des Kreises Rendsburg-Eckernförde von 2022 sollen einbezogen werden.

Anschließend erhält der Abg. Ackermann, gleichzeitig Bürgermeister der Stadt Nortorf, das Wort. Die Stadtverordnetenversammlung Nortorf habe am 10.10.2023 getagt, daher habe er keine Gelegenheit gehabt, früher mit dem Ansinnen in den Ausschuss zu gehen. Man habe eine Potentialfläche von 150 ha nahe der L328 als überregionale Gewerbefläche, die der Versorgungssicherheit als Unterzentrum und darüber hinaus als Möglichkeit für die Stadt Neumünster dienen könne, erkannt. Er bitte, dies mit in die Stellungnahme des Kreises aufzunehmen.

Ausschussvorsitzender Andresen befürwortet dieses Vorhaben und möchte den Kreis als Unterstützer dieser Anregungen wissen.

Abg. Dr. Görtzen bemängelt die Darstellung in der Stellungnahme für die Standorte Fockbek, Schülldorf, Rendsburg-Süd und Jevenstedt. Diese seien weitaus besser in der infrastrukturellen Anbindung dargestellt als es die Realität hergebe. Daher werde die AfD-Fraktion gegen die Stellungnahme stimmen.

Der Regionalentwicklungsausschussvorsitzende, Herr Andresen, weist darauf hin, dass die Verwaltung, insbesondere Frau Opalla und Frau Loof, die Stellungnahme fachlich sauber ausgearbeitet hätten, daran gebe es nichts zu bemängeln. Der Regionalentwicklungsplan werde für die nächsten 10 / 15 Jahre gelten und das Land werde entscheiden, ob der Bedarf entsprechend gesehen werde, aber man müsse jetzt planen, damit man für die Zukunft und zukünftige Bedarfe vorbereitet sei.

Abg. Dr. Walenda bringt mahrende Worte zum Regionalentwicklungsplan aus Sicht des Naturschutzes an. Insbesondere spricht sie den Flächenverbrauch an, der zurzeit nicht begrenzt sei und auch eine überörtliche Planung sei wünschenswert, damit nicht jede Gemeinde für sich plane. Zu kritisieren sei die Mehrfachbelegung von Flächen, beispielsweise für den Naturschutz und den Tourismus. Das sei auch von der Verwaltung schon angemerkt worden. Kritisch sei, dass die Moorflächen nicht von der Nutzung ausgenommen worden seien.

Abg. Dreves bittet die Kreispräsidentin zukünftig darauf zu achten und mit Ordnungsrufen zu ahnden, dass sich die Abgeordneten untereinander mehr an den durch den Kreistag verabschiedeten Kodex halten.

Beschluss:

Der Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde beschließt, die beigefügte Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes für den Planungsraum II des Landes Schleswig-Holstein mit der Maßgabe,

1. die Interessenbekundung der Gemeinde Elsdorf-Westermühlen zu ergänzen,
2. die Inhalte des Radverkehrskonzeptes des Kreises Rendsburg-Eckernförde von 2022 einzubeziehen,
3. den Beschluss der Stadtvertretung Nortorf vom 10.10.2023 über die Ausweisung eines Gewerbegebietes zu ergänzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
46	4	0

Sabine Mues
Vorsitz

Christiane Ostermeyer
Protokollführung